



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund
Fon: 0231 - 5022078
Fax: 0231 - 5022094
www.gruene-do.de

An die Medien

16.10.08

PRESSEMITTEILUNG

Arm trotz Arbeit in Dortmund: Mindestlohn einführen – Sozialticket erhalten

Vor dem Hintergrund der weiter gestiegenen Zahl von DortmunderInnen, die von ihrem Lohn nicht leben können und deshalb zusätzlich Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen müssen, fordern die GRÜNEN im Rat und der Dortmunder Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Markus Kurth, die Einführung eines Mindestlohns. Die Entwicklung zeigt aus Sicht der GRÜNEN auch die weitere Notwendigkeit des Sozialtickets.

Birgit Unger, Ratsmitglied der GRÜNEN und Sozialausschussvorsitzende:

„Wenn über 11.000 Personen in Dortmund vom Lohn ihrer Arbeit inzwischen nicht mehr leben können und auf ergänzende Hilfen angewiesen sind, dann ist das alarmierend und skandalös. Wir werden dieses Problem nicht lösen können, wenn nicht die Bundesregierung endlich mit einer anderen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik handelt. Was wir allerdings tun können, sind Hilfestellungen für die Betroffenen zu geben, um ihre schwierige Situation zu erleichtern. Das Sozialticket ist hier ein wichtiger Baustein. Die weiter zunehmende Zahl von armen oder von Armut bedrohten Menschen zeigt, dass das Sozialticket auch weiterhin ohne Wenn und Aber notwendig ist.“

Markus Kurth, sozialpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:

„Die steigende Zahl der so genannten Aufstockerinnen und Aufstocker in Dortmund entspricht der Entwicklung im Bundesgebiet. Nach einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation arbeiten inzwischen fast ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland im Niedriglohnbereich und sind damit schon reale oder zumindest potentielle Kunden für zusätzliche Leistungen nach dem ALG II. Die Bundesregierung reagiert auf diese dramatische Entwicklung völlig unzureichend. Sie blockiert weiterhin die Einführung von

Mindestlöhnen, die wirksam den weiteren Anstieg des Niedriglohnsektors verhindern können. Sie lässt durch ihr Nichtstun damit auch die Kommunen im Stich, die im Rahmen des ALG II die Unterkunftskosten für die Betroffenen übernehmen müssen. Was wir stattdessen brauchen und fordern, ist ein in sich schlüssiges Anti-Armuts-Programm. Dazu gehört neben den schon erwähnten Mindestlöhnen auch ein so genanntes Progressivmodell, mit dem wir die Sozialabgaben im unteren Lohnbereich deutlich verringern wollen. So bleibt für Beschäftigte mit kleinem Einkommen mehr Netto vom Brutto übrig.“